

# Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

## Änderungsantrag

der Abgeordneten Monika Lazar...  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Entwurf der Bundesregierung zum Bundeshaushaltsplan 2010,  
Einzelplan 17, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
(BT-Drucksache 17/200)

Kapitel: **1702 – Allgemeine Bewilligungen**

Titelgruppe: **01 – Maßnahmen zur Jugendpolitik**

Titel: **684 14 – Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie**

**Antrag: Umschichtung von 2 000 T€ von Säule 3 in Säule 2:**

Bei einem unverändertem Mittelansatz von 19 000 T€ sollen die Mittel innerhalb des Programms wie folgt verteilt werden:

- Lokale Aktionspläne (Säule 1): 9 000 T€
- Modellprojekte (Säule 2): 7 000 T€
- Steuerung, Kommunikation usw.: (Säule 3): 3 000 T€

**Neue verbindliche Erläuterungen mit folgendem Inhalt:**

- 1) Aufnahme der oben genannten Antragsforderung zur Umverteilung
- 2) Der Erläuterungstext wird ergänzt um die Festlegung, dass die Förderung auch künftig nur für Projekte erfolgt, die sich spezifisch mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen.

### Begründung:

Das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ beinhaltet den Förderbaustein „Modellprojekte“ (Säule 2). Dort müssen Initiativen eine Kofinanzierung von durchschnittlich 50 Prozent über die gesamte Projektlaufzeit (1. Jahr 25%, 2. Jahr 50%, 3. Jahr 75%) beisteuern. Diese Anforderung bringt kleine Träger häufig in erhebliche Schwierigkeiten oder schließt sie ganz von einer Förderung aus.

Gerade für Themen, die in der Regelarbeit der Kommunen außen vor bleiben, sind vor Ort kaum Mittel zu finden. Dies betrifft beispielsweise die Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen, den Kampf gegen Antisemitismus, den Einsatz für Kinderrechte oder genderspezifische Angebote. Die Bundesländer lehnen weitere Kofinanzierungshilfen ab, so dass wichtige Projekte zurückgefahren oder aufgegeben werden müssen. Wir wollen eine Förderung von Initiativen nach ihrer Qualität, nicht nach ihrer Finanzstärke.

Daher schlagen wir vor, Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro aus Säule 3 des Programms (Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung) zu Säule 2 (Modellprojekte) umzuschichten. Dann steht innerhalb des Programms mehr Geld für die Projektarbeit bereit, so dass hohe Kofinanzierungsforderungen für finanzschwache Träger entschärft werden können.

Wir beantragen außerdem, dass das Programm auch künftig ausschließlich auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konzentriert bleibt. Rund 20.000 Straftaten begingen extrem Rechte laut Bundeskriminalamt im Jahr 2009, darunter mehr als 1.000 Gewalttaten. Immer wieder werden Opfer schwer verletzt und traumatisiert. Neonazis töteten laut Opferberatungsstellen seit der Deutschen Einheit ca. 140 Menschen, nur weil sie nicht ihrem rechtsextremen Weltbild entsprachen. Eine Erweiterung der Förderung auf andere Extremismusformen wäre vor diesem Hintergrund ein falsches politisches Signal und würde von den Gefahren durch den Rechtsextremismus in Deutschland ablenken. Die aktuelle „Linksextremismus-Debatte“ beeinflusst Einstellung, Strategie und Aktionen vieler staatlicher Stellen, z.B. der Polizei, negativ. Eine zunehmende Kriminalisierung von Anti-Nazi-Initiativen ist zu befürchten. Im Zuge der Bestrebungen von Ministerin Köhler könnten sie schnell als „Linksextreme“ diffamiert werden und ihre Chance auf Fördermittel verlieren. Frau Köhlers Vorhaben, geförderte Initiativen künftig regulär durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen, stellt Akteure gegen Rechtsextremismus schon heute unter Generalverdacht.

Berlin, den 07. Januar 2010